



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE POLNISCHE OSTPOLITIK UNTER DER PIS-REGIERUNG

■ ANALYSE	
Nationale Geschichtspolitik, restriktive Sicherheit und illiberale Demokratie – die polnische Ostpolitik unter der PiS-Regierung	2
Adam Balcer, Warschau	
■ DOKUMENTATION	
Das Außenministerium der Republik Polen: Ostpolitik	8
Das Außenministerium der Republik Polen: Östliche Partnerschaft	9
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Geschichts- und Nationenbilder	10
Asylanträge und -entscheidungen, Polen und EU	12
■ CHRONIK	
7. – 20. Mai 2019	14

Nationale Geschichtspolitik, restriktive Sicherheit und illiberale Demokratie – die polnische Ostpolitik unter der PiS-Regierung

Adam Balcer, Warschau

Zusammenfassung

In ihren knapp vier Jahren an der Regierung vollzog die Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens radikale Veränderungen, u. a. in der polnischen Ostpolitik. In den Beziehungen zu den östlichen Nachbarn wird nun ein wesentlich größeres Gewicht auf die bilateralen Beziehungen als auf die EU-Perspektive gelegt, desgleichen auf die »nationale« Geschichtspolitik, auf eine sehr restriktive Sicherheitspolitik und die Marginalisierung von Fragen der Demokratisierung und der Menschenrechte. Diese Veränderungen ergeben sich aus der Ideologie der Regierungspartei.

Im Jahr 2015 übernahm die Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) die Regierungsverantwortung in Polen. Ihre Ideologie ist eine Mischung aus ethnischem Nationalismus (Umgestaltung der nationalen Identität in Anlehnung an die Geschichtspolitik), Populismus, Konservatismus und Elementen eines autoritären Systems (Infragestellung der Idee der Gewaltenteilung durch Unterordnung der Justiz unter die Exekutive, Priorisierung der Sicherheit vor den Menschenrechten) sowie einem gemäßigten Euroskeptizismus (Unterstützung der Mitgliedschaft Polens in der EU, Widerstand gegen den Beitritt Polens zur Eurozone, Forderung nach dem Rückbau der inneren Integration durch ein Vetorecht). Nach Einschätzung des *Freedom House*, einer US-Organisation, die seit mehr als 45 Jahren global politische Systeme bewertet, haben die vier Regierungsjahre der PiS zur Folge, dass sich die Qualität der polnischen Demokratie deutlich verschlechterte, mit der realen Aussicht, dass Polen in den kommenden Jahren in die Kategorie der teilweise freien Staaten zurückzustufen sei. Im Ergebnis befindet sich Warschau in einem präzedenzlosen Konflikt mit den EU-Institutionen sowie den wichtigsten EU-Mitgliedern. In Verbindung damit traten gleichzeitig deutliche Veränderungen in der polnischen Außenpolitik auf, darunter in den Beziehungen zu den östlichen Nachbarn. Generell hörte Polen unter der PiS-Regierung auf, im Rahmen der Östlichen Partnerschaft der EU der Hauptunterstützer für die Idee der Demokratisierung und der europäischen Integration zu sein. Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz, ehemalige Botschafterin Polens in Russland, stellte fest: »Indem sie die Errungenschaften der eigenen Transformation negierte und die Richtigkeit des EU-Modells der liberalen Demokratie infrage stellte, verlor die Regierung Polens sowohl ihre eigene Motivation als auch die Legitimierung vonseiten der Partner, die proeuropäischen Reformen im Osten zu unterstützen.« Eine weitere fundamentale Ursache für die »Enteuropäisierung« der polnischen Ostpolitik stellt die deutliche Verschlech-

terung der Beziehungen Polens zu den wichtigsten EU-Mitgliedern dar, u. a. zu Deutschland, dem einflussreichsten EU-Player im Osten. Allerdings lassen sich außer dem generellen Einfluss des europäischen Kontextes auf die polnische Ostpolitik unter der PiS-Regierung auch bedeutende Veränderungen wahrnehmen, die mit der Ideologie und Weltanschauung der Partei zu tun haben. Die wichtigsten Veränderungen dieser Art sind:

- die präzedenzlose Verschlechterung der Beziehungen zur Ukraine im Zusammenhang mit den Konflikten über die gemeinsame Geschichte einschließlich der Vorgabe von PiS-Chef Jarosław Kaczyński, die weitere Unterstützung Warschaws für die europäischen Bestrebungen der Ukraine von Veränderungen in der Geschichtspolitik Kiews abhängig zu machen;
- die deutliche Verbesserung der Beziehungen zum autoritären Belarus, verbunden mit der Marginalisierung der Frage der Menschenrechte und der Demokratisierung in der Außenpolitik Polens;
- die sehr restriktive Definition der Sicherheit, die als wichtigste Priorität behandelt und mit der Frage der Identitätspolitik verknüpft wird (Identifikation des Islam mit Terrorismus).

Geschichtskonflikte mit der sich demokratisierenden Ukraine

Ein Schlüsselement der Ideologie der PiS ist die Geschichtspolitik, deren Fundament die Vorstellung von den Polen als Nation von Opfern und Helden (Märtyrertum und Heroismus) mit einem enormen positiven Beitrag zur Geschichte und Zivilisation Europas ist. Einen außerordentlich wichtigen Platz nehmen die Kresy im historischen Narrativ der PiS ein, die östlichen Gebiete des ehemaligen Polen, die nun in Belarus, Litauen und der Ukraine liegen und eine Schlüsselrolle in der polnischen Kultur und Geschichte gespielt haben. Sie werden als Raum für Märtyrertum und Heldentum und gleichzeitig der positiven polnischen zivilisatorischen Mission dargestellt. Das Erbe der Kresy ist von der PiS eindeutig

idealisiert, die tiefere Diskussionen über einen negativen Einfluss Polens auf die Geschichte der östlichen Nachbarn und die polnische Mitverantwortung für Konflikte mit ihnen vermeidet. Ein sehr deutliches Beispiel für diese Idealisierung ist die Begründung für den Gesetzesentwurf aus dem Jahr 2016 über die Festsetzung eines Nationalen Gedenktages für das Märtyrertum der Kresy-Einwohner. Dort heißt es: »In die polnische Tradition schrieben sich die Kresy sowohl als Gebiet der friedlichen Koexistenz als auch der Durchdringung unterschiedlicher Nationalitäten, Kulturen und Religionen ein. Es war ein Gebiet, das von der Toleranz freier, gegenseitig ihre Identität achtender Menschen gekennzeichnet war.«

Die Hauptursache der Spannungen zwischen Polen und der Ukraine war seit vielen Jahren das Problem der unterschiedlichen Interpretationen mancher historischer Fragen. Die Machtübernahme der *PiS* verschärfte die Unterschiede; gleichzeitig fanden die Demokratisierung der Ukraine nach der »Revolution der Würde« (2014) statt und ihr Kampf gegen die russische Aggression, was mit der Stärkung der ukrainischen nationalen Identität einherging. In der polnischen Erinnerung und Geschichtspolitik nehmen aktuell die Verbrechen der Ukrainischen Aufständischen Armee (*UPA*), der nationalistische Partisanenkrieg gegen die Polen in den Jahren 1943 bis 1945 (insbesondere in Wolhynien), eine zentrale, im Vergleich zu anderen Ereignissen überproportionale Stellung ein. Andere wichtige historische Narrationen über die Koexistenz oder die polnisch-ukrainische Zusammenarbeit oder auch über das von Polen an den Ukrainern verübte Unrecht werden im offiziellen polnischen historischen Narrativ marginalisiert.

Das historische Bewusstsein von den Verbrechen der *UPA* ist in den vergangenen Jahren in der polnischen Gesellschaft gewachsen. Es bedarf keiner Diskussion, dass die Verbrechen der *UPA* an der Bevölkerung ein Völkermord waren und dass ihr Ausmaß wesentlich größer war als das der Verbrechen, die die Polen im Rahmen verschiedener Formationen an den Ukrainern begangen haben. Allerdings stellt die in Polen dominierende Narration die *UPA* in einer sehr vereinfachten, teilweise manipulativen Weise dar, in der die positive Rolle der *UPA* für die Geschichte der Ukraine kaum eine Rolle spielt. Ein Beispiel für die Dämonisierung der *UPA* ist die Aussage des *PiS*-Chefs Kaczyński, der in einem Interview für die Zeitschrift »Do Rzeczy« im Februar 2017 sagte: »Wir können nicht jahrelang damit einverstanden sein, dass in der Ukraine ein Kult um Personen aufgebaut wurde, die an den Polen einen Völkermord verübten, und zwar einen solchen, der die Grausamkeiten der Deutschen noch übertraf.«

Die Geschichtspolitik der *PiS* ist bis zu einem gewissen Grad die Antwort auf die Idealisierung der *UPA* in

der Ukraine (die Relativierung der von der *UPA* verübten Verbrechen oder ihre Behandlung als zweitrangige Frage in der Geschichtspolitik der Ukraine), insbesondere seit der »Revolution der Würde«. Allerdings muss auch unterstrichen werden, dass in Polen das Ausmaß dieser Idealisierung übertrieben dargestellt wird – beispielsweise wurden bei der Umbenennung von mehreren zehntausend Straßen im Zuge der Dekommunisierung in der Ukraine nur ein verschwindend geringer Anteil mit Bezug zur *UPA* oder zur Organisation der Ukrainischen Nationalisten (*OUN*) benannt. Des Weiteren werden auch wesentliche Aspekte der aktuellen Geschichtspolitik der Ukraine nicht wahrgenommen, die nicht im Zusammenhang mit der *UPA* stehen, als da wären das Erbe der Kosaken, die Reinterpretation der Beziehung der Ukrainer zur eurasischen Steppe – die Entdeckung historischer Beispiele für Koexistenz und Kooperation zwischen den Kosaken und den Krimtataren –, außerdem der Holodomor, die Unabhängigkeit zwischen 1918 und 1920, der Beitrag der Ukrainer, die in der Roten Armee kämpften, zum Sieg über Nazi-Deutschland.

Die Thema des »Massakers in Wolhynien« ist mit der bereits genannten wachsenden Idealisierung des Erbes der historischen polnischen Präsenz in den Kresy-Gebieten verbunden (»Kresy-Sentimentalität«) sowie mit der Stärkung der affirmativen Haltung zum Erbe der – deutlich antiukrainischen – Nationaldemokratie und der radikaleren nationalistischen Formationen (z. B. die Nationalen Bewaffneten Kräfte/*Narodowe Siły Zbrojne*) im Mainstream der polnischen Identität. Diese Identitätsprozesse werden von der *PiS* unterstützt und wurden von den Vorgängerregierungen zumindest toleriert. Gegenwärtig kann man bereits von der »Kanonisierung« des polnischen Narrativs über die Geschichte der polnisch-ukrainischen Beziehungen sprechen, die sich in der beschränkten inneren Debatte über dieses Thema zeigt.

Die Konflikte über historische Themen äußern sich in der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Polen und Ukrainern in den vergangenen Jahren. Nach Untersuchungen der öffentlichen Meinung durch das Zentrum für Vorurteilsforschungen der Universität Warschau (*Centrum Badań na Uprzedzeniemi, Uniwersytet Warszawski*) spielen gerade historische Fragen eine Schlüsselrolle in diesem Prozess. Zwar hatte die »Orangene Revolution« im Jahr 2004 in der Ukraine einen deutlichen Rückgang der Antipathie der Polen gegenüber den Ukrainern zur Folge, allerdings kam es in den letzten Jahren zu einem erneuten Anstieg der Abneigung. Nach der aktuellen Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts *CBOS* vom Januar 2019 gaben über 40% der Polen Antipathie gegenüber Ukrainern an, über 30% Sympathie und knapp 30% Gleichgültigkeit. Diese sich verschlechternde Einstellung der Polen

zu den Ukrainern muss in den größeren Kontext des allgemeinen Anstiegs der Fremdenfeindlichkeit in der polnischen Gesellschaft gesetzt werden; vor allem ist er stark mit rechten Ansichten verknüpft. Nach den Untersuchungen von *CBOS* ist die Haltung der Polen gegenüber den Ukrainern nur unwesentlich besser als gegenüber den Russen. Die Einstellung der Ukrainer zu den Polen ist dagegen deutlich besser, was in gewisser Weise mit den unterschiedlichen Eigenschaften der polnischen und der ukrainischen nationalen Identität zu tun hat. Die vom *Pew Research Centre* in Mittel- und Osteuropa durchgeführten Untersuchungen zeigen, dass die polnische nationale Identität einen eher ethnischen Charakter hat, während in der ukrainischen Identität die staatsbürgerliche Orientierung vorherrscht.

Die Konflikte über historische Themen hatten zur Folge, dass unter der *PiS*-Regierung die bedeutendste Abkühlung der polnisch-ukrainischen Beziehungen seit der Erlangung der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 eintrat. Die Kontakte auf der Ebene der Staatspräsidenten wurden seltener. Präsident Andrzej Duda absolvierte nur vier Besuche in seiner dreieinhalbjährigen Amtszeit. Weder Ministerpräsidentin Beata Szydło noch Ministerpräsident Mateusz Morawiecki haben die Ukraine besucht. Im Ergebnis war die letzte Regierungschefin, die in die Ukraine fuhr, Ewa Kopacz (Bürgerplattform/*Platforma Obywatelska* – *PO*). Dieser Besuch fand im September 2015 statt und war interessanterweise mit dem 76. Jahrestag des sowjetischen Überfalls auf Polen verbunden. Die Streitigkeiten über die Geschichte übertrugen sich auch auf den europäischen Bereich der polnisch-ukrainischen Beziehungen. Die *PiS*, die eine kritischere Reflexion der Vergangenheit Polens ablehnt, ruft die Ukraine gleichzeitig auf – und beruft sich dabei auf europäische Standards – sich mit den dunklen Seiten ihrer Geschichte auseinanderzusetzen. Im Jahr 2017 machte Parteichef Kaczyński schlicht und einfach die Unterstützung Polens für die europäischen Bemühungen der Ukraine davon abhängig, dass sich diese vom Erbe der *UPA* lossage – »Die Ukraine wird mit Stepan Bandera [nationalistischer Politiker und Partisanenführer, offiziell ukrainischer Nationalheld – d. Red.] in Europa nicht reinkommen.« In Polen wurde keine tiefergehende Diskussion über die Folgen einer vollständigen Loslösung vom Erbe der *UPA* für die ukrainische Identität und ihre proeuropäische Orientierung geführt. Selbstverständlich sollten die Ukrainer die schwarzen Seiten der Geschichte der *UPA* kritisch aufarbeiten. Allerdings ist auch zu beachten, dass die *UPA* unter den wichtigsten ukrainischen politischen Kräften des 20. Jahrhunderts am eindeutigsten den russischen Identitätsprotektionismus (die Russen als ältere Brüder) und den Kommunismus ablehnte und schrittweise das demokratische System anerkannte (1943).

Die Abneigung eines deutlichen Teils der Polen gegenüber den Ukrainern stellt langfristig eine ernstzunehmende Herausforderung für die Sicherheit Polens dar. Diese hängt u. a. von den guten Beziehungen mit der zwischen Polen und Russland gelegenen Ukraine ab. Mehr noch, die Antipathie wird von Russland und nationalistischen polnischen Milieus ausgenutzt, um mit Hilfe einer sehr großen Propagandaaktivität im Internet auf die (potentielle) Wählerschaft der *PiS* Einfluss zu nehmen, die sich durch eine größere Abneigung gegenüber den Ukrainern auszeichnet als die Wähler der Mitte oder des linken politischen Spektrums. Die Situation ist auch insofern heikel, als in Polen aktuell im Jahresdurchschnitt knapp eine Million Ukrainer vor allem saisonal in Polen arbeiten. Eine weitere Verschlechterung der Einstellungen der Polen zu den Ukrainern kann einen Anstieg der Angriffe auf Ukrainer zur Folge haben, was letztlich einen negativen Einfluss auf die innere Sicherheit in Polen hätte.

Die Erwärmung der Beziehungen zum autoritären Belarus

Bald nach der Machtübernahme der *PiS* trat eine präzedenzlose Verbesserung in den polnisch-belarussischen Beziehungen ein, die in zahlreichen diplomatischen Besuchen auf hoher Ebene zum Ausdruck kam. Die Normalisierung der Beziehungen zu Minsk begann schon die Regierung von Donald Tusk (*PO*) angesichts der russischen Aggression gegenüber der Ukraine: Gemeinsam mit der EU wurde vor dem Hintergrund einer befürchteten wachsenden Dominanz Moskaus in Osteuropa angestrebt, ein offenes Belarus zur Zusammenarbeit mit dem Westen zu locken. Allerdings nahm die Annäherung Polens an Belarus mit dem Regierungswechsel in Warschau deutlich an Fahrt auf. Im Jahr 2016 besuchte zum ersten Mal nach sechs Jahren mit Witold Waszczykowski ein polnischer Außenminister Belarus. 2018 fuhr erneut ein polnischer Außenminister nach Minsk. Im Jahr 2016 statteten außerdem der damalige stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Finanzen und Entwicklung, Mateusz Morawiecki, sowie Senatsmarschall Stanisław Karczewski Belarus einen Besuch ab; letzterer besuchte Minsk erneut zwei Jahre später. Die *PiS*-Politiker wurden vom belarussischen Staatspräsidenten Aleksander Lukaschenko empfangen. Belarus revanchierte sich mit Gegenbesuchen in Warschau. Beispielsweise besuchte im Februar 2019 Michail Mjasnikowitsch, der Vorsitzende der zweiten Kammer des belarussischen Parlaments und einer der engsten Mitarbeiter Lukaschenkos, Polen. Er traf sich mit dem polnischen Präsidenten, dem Ministerpräsidenten, dem Außenminister und den Marschällen des Sejm und des Senats. Mjasnikowitsch erklärte, das historische erste Treffen eines polnischen Präsidenten mit dem autoritären Führer von Belarus sei sehr

wahrscheinlich. Der neue Kurs in der polnischen Politik gegenüber Belarus ruft beispiellose Spannungen zwischen der regierenden Partei und der Opposition hervor. Die Senatssitzung mit Mjasnikowitsch wurde von den Senatoren der Oppositionsparteien boykottiert. Dieses Verhalten bezeichnete Senatsmarschall Karczewski (*PiS*) als »erstaunlich und skandalös«.

In den Vordergrund der *PiS*-Agenda gegenüber Belarus rückten eindeutig wirtschaftliche Angelegenheiten, wohingegen die *PiS* bewusst die Schlüsselfrage der vergangenen Jahre, nämlich nach Werten wie Demokratisierung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, an den Rand drängte. Während ihrer offiziellen Treffen mit den belarussischen Partnern und auf Pressekonferenzen vermeiden es die Politiker der *PiS* vollkommen, diese »schwierigen« Themen zu berühren. Die Haltung der polnischen Regierung steht im Kontrast zum Vorgehen anderer EU-Staaten und europäischer Institutionen, die der neue pragmatische Kurs in den Beziehungen zu Minsk nicht davon abhält, die Frage der Menschenrechte offen anzusprechen. Im Ergebnis, so die zutreffende Beschreibung von Krzysztof Mrozek, Experte der Stefan Batory-Stiftung, »balanciert die *PiS*-Regierung auf der schmalen Grenze zwischen nutzbringender pragmatischer Politik und Dialog und zweideutiger, aus Sicht der polnischen Staatsräson vollkommen unnötiger Vertraulichkeit mit dem Regime.« Der wichtigste Ausdruck der übermäßigen Vertraulichkeit war die Anerkennung des belarussischen Parlaments durch Polen, einer autoritären Institution mit reinem Fassadencharakter. Diese Legitimierung erfolgte durch die Aufnahme enger Beziehungen zwischen dem polnischen und dem belarussischen Parlament; zweimal besuchten der Vizemarschall des Sejm, Ryszard Terlecki, und Senatsmarschall Stanisław Karczewski Minsk. Karczewski, der nach seinem letzten Besuch in Minsk von einem Journalisten nach seinen Eindrücken gefragt wurde, stellte fest, »was die menschliche [Dimension] angeht, sage ich Ihnen, dass Präsident Lukaschenko absolut am Interesse Belarus' gelegen ist, das sieht man. Und man sieht auch, dass er ein warmherziger Mensch ist.« Solche Äußerungen polnischer Politiker über Lukaschenko waren in der Vergangenheit nicht vorstellbar. Der polnische Sejm und Senat luden auch das belarussische Parlament zur Teilnahme an den regelmäßigen Gipfeln der mittel- und osteuropäischen Parlamente ein. Zu dieser Initiative lud Polen außerdem die Abgeordnetenhäuser anderer autoritärer Regime ein, so Aserbaidschans und der Türkei. Während des ersten Gipfels in Warschau im Jahr 2016 sagte Senatsmarschall Karczewski zu den versammelten Repräsentanten der Parlamente aus der Region: »Jedes unserer Parlamente sollte sich aktiver in die internationale Zusammenarbeit einbringen, insbesondere weil es

eine außerordentliche Legitimation hat: Es ist in direkten Wahlen gewählt worden.« Hier sei daran erinnert, dass die Wahlen in Aserbaidschan und in Belarus eine komplette Farce sind und in keinerlei Weise die Standards der OSZE erfüllen. Karczewskis Legitimierung der Parlamente dieser Länder lässt sich mit der Einstellung von Michał Seweryński, Vizemarschall des Senats, verbinden, der beim zweiten Parlamentsgipfel erklärte, es gebe nicht nur eine Variante von Demokratie und die EU könne die ihre anderen nicht auferlegen. Ein weiteres Beispiel für die Anerkennung belarussischer autoritärer Institutionen vonseiten Polens ist die Aufnahme von Beziehungen zwischen dem polnischen Institut für Nationales Gedenken (*Instytut Pamięci Narodowej – IPN*), der wichtigsten Institution, die für die Geschichtspolitik entsprechend der *PiS*-Linie verantwortlich ist, und dem Museum des Großen Vaterländischen Krieges in Minsk. Der Präses des *IPN*, Jarosław Szarek, lobte die Arbeit der Museumsleitung, die eine affirmative Politik gegenüber dem sowjetischen Erbe einschließlich dem Stalinismus betreibt. Eine solche Einstellung steht in sichtbarem Widerspruch zur grundsätzlichen Haltung Polens gegenüber der Geschichtspolitik der Ukraine.

Sicherheit und Islamfeindlichkeit

Unter der *PiS*-Regierung wurde die Frage der Sicherheit in sehr restriktiver Weise als wichtigste Priorität der Regierung definiert und in beispielloser Weise zu einem wesentlichen Element der polnischen Ostpolitik. Diese Veränderung ergab sich nicht nur aus der russischen Aggression gegenüber der Ukraine, sondern auch aus der politischen Philosophie der *PiS*, die Sicherheit und Identitätspolitik verknüpft (beispielsweise die Identifikation des Islam mit dem Terrorismus als Hauptgefahr für Europa). Im Juli 2016 hob Polen aufgrund des NATO-Gipfels in Warschau das Abkommen über den Kleinen Grenzverkehr mit Russland für das Gebiet der Oblast Kaliningrad auf. Bis heute wurde es nicht wieder in Kraft gesetzt, unter dem Vorwand der potentiellen Gefahr für die Sicherheit Polens aus der Oblast. Es sei allerdings daran erinnert, dass das Abkommen ohne größere Probleme funktionierte, und zwar auch in der Phase des Höhepunktes der russischen Aggression in der Ukraine (2014/15) und der sie begleitenden, seit dem Zerfall der UdSSR größten Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und der NATO.

Am Anfang des 21. Jahrhunderts kamen über 90.000 Tschetschenen nach Polen, die vor dem Krieg in Tschetschenien geflohen waren. Die überwiegende Mehrheit verließ Polen nach einer gewissen Zeit und ging nach Westeuropa, insbesondere nach Deutschland. Damals unterstützte die *PiS* die Hilfe Polens für die Tschetschenen als Opfer russischer Aggression. Mehr noch,

die Politiker der damals oppositionellen *PiS* kritisierten die Regierung für ihr zu geringes Engagement für die Asyl suchenden Tschetschenen. Einige Jahre später hat sich die Politik der *PiS* radikal verändert. Die Politik der Angst stellt Muslime als potentielle Terroristen dar und die Hauptbedrohung für die Sicherheit Polens wurde zum Schlüsselinstrument, um die Wähler der *PiS* zu mobilisieren.

Seit dem Jahr 2016 kampieren an der polnisch-belarussischen Grenze Hunderte von Menschen, die sich darum bemühen, einen Asylantrag in Polen zu stellen. Sie kommen vor allem aus Tschetschenien. Jeder von ihnen hat meistens mehr als ein Dutzend Mal, manchmal sogar Dutzende Male versucht, auf polnischer Seite Asyl zu beantragen, jedoch erfolglos. Auf der Grundlage von Untersuchungen von Menschenrechtsorganisationen kann man feststellen, dass ein deutlicher Teil dieser Personen Opfer von Folter oder Verfolgung war. Nach Informationen der Menschenrechtsorganisationen und des Bürgerrechtsbeauftragten behandeln die polnischen Grenzwachter Ausländer schlecht, sie ermöglichen ihnen die Antragstellung nicht und setzen manchmal unbegründet Gewalt ein. Zu verhindern, dass ein Asylantrag gestellt wird, ist ein Verstoß gegen das polnische, das europäische und das internationale Recht. Wenn es einem Tschetschenen gelang, den Antrag zu stellen, kam es vor, dass die polnischen Institutionen ihm kein Asyl gewährten, obwohl in der offiziellen Begründung die reale Bedrohung anerkannt worden war, dass die betreffende Person im Falle der Deportation Repressionen ausgesetzt werden würde. Die Anzahl der positiv beschiedenen Anträge der Tschetschenen auf Asyl oder Schutz durch polnische Behörden ist extrem niedriger als in den Ländern Westeuropas. Polen benutzt gegenüber manchen deportierten Tschetschenen das Argument, dass sie eine Gefahr für die Sicherheit seien, da sie laut Geheimdokumenten angeblich mit terroristischen Vereinigungen in Verbindung stünden. Allerdings sagen das polnische, das EU- und das internationale Recht, dass die Deportation einer Person nicht ausnahmslos vollzogen werden soll, wenn ihr Folter droht.

Im Juni 2017 entschied sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte für einstweilige Verfügungen im Falle von Tschetschenen an der polnisch-belarussischen Grenze, in denen er bestimmte, dass diese Personen solange »nicht nach Belarus zurückgeschickt werden dürfen« wie ihre Klagen vor dem Gerichtshof verhandelt werden, sowie, dass ihre Anträge auf Gewährung internationalen Schutzes von den entsprechenden Organen in Polen geprüft werden müssen. Im Jahr 2017 behandelten auch polnische Verwaltungsgerichte die Klagen einiger Tschetschenen und erkannten an, dass die Entscheidungen der Grenzwachter, ihnen

die Einreise zu verweigern, nicht korrekt waren. Allerdings wendet der polnische Grenzschutz trotz Protesten von Menschenrechtsorganisationen die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sowie der polnischen Gerichte auf die große Mehrzahl der Tschetschenen nicht an und verwehrt ihnen weiterhin die Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen. Polen führte auch Deportationen mancher Tschetschenen nach Belarus durch, von wo sie nach Russland, genauer nach Tschetschenien, gelangten, wo sie spurlos verschwanden. Tschetschenen werden aus Polen auch auf der Grundlage geheimer Dokumente ausgeliefert, zu denen ihre Anwälte entgegen den Rechtsvorschriften keinen Zugang haben. Das Innenministerium erteilt auf Fragen polnischer Medien, ob es von der russischen Seite Sicherheitsgarantien für die deportierten Tschetschenen erhalten habe, keine Antwort, diese einzuholen gehört jedoch zu der Pflicht des Landes, das den Bürger eines anderen Staates deportiert. Vielmehr hat die polnische Regierung im Januar 2017 einen Änderungsentwurf für das Gesetz zur Gewährung von Schutz für Ausländer auf dem Territorium Polens vorbereitet, der infolge der Kritik der UN und von Nichtregierungsorganisationen zwei Jahre auf Eis gelegt wurde. Ein fast identischer Entwurf kehrte im Februar 2019 ins Parlament zurück. In diesem Entwurf schlägt die Regierung die Einführung sogenannter Grenzprozeduren vor. Dabei geht es darum, dass die Bewegungsfreiheit der Ausländer, die einen Asylantrag stellen, eingeschränkt werden soll (Internierungslager, das heißt Container und Stacheldraht) sowie die Liste der Länder gekürzt werden soll, deren Bürger sich um Asyl bewerben können. Der damalige Innenminister Mariusz Błaszczak ermunterte den Grenzschutz geradezu, das Recht weiter zu verletzen, indem er die Asyl suchenden Tschetschenen mit Terroristen identifizierte: »Wir werden nicht dem Druck derer nachgeben, die es zu einer Migrationskrise kommen lassen wollen. Unsere Politik ist vollkommen anders. So lange ich Innenminister bin, so lange die *PiS* die Regierung stellt, setzen wir Polen nicht der terroristischen Bedrohung aus.« Błaszczak stellte auch fest, dass Tschetschenien ein sicheres Land sei, da ja dort kein Krieg herrsche. Die Ausländerbehörde stellte sogar fest, dass sich die Sicherheitslage in Tschetschenien deutlich verbessert habe. Diese Meinungen lassen die Berichte internationaler Organisationen völlig außer Acht, die die Menschenrechtslage in Tschetschenien als eine der schlechtesten der Welt mit der Tendenz systematischer Verschlechterung bewerten.

Das sehr negative Verhältnis der polnischen Regierung zu den Asyl suchenden Tschetschenen schreibt sich in das größere Phänomen der Politik der Angst gegenüber Muslimen ein, das die regierende Partei als

ein wesentliches identitätsstiftendes Instrument und als Mittel zur Wählermobilisierung einsetzt. In den öffentlichen und privaten regierungsfreundlichen Medien wird dem Thema Muslime, die ausschließlich mit ernstzunehmenden Bedrohungen gleichgesetzt werden, deutlich mehr Raum gegeben als der aggressiven Politik Russlands. Dieses Narrativ kann die realistische Bewertung der Bedrohungen im Osten durch die (potentiellen) *PiS*-Wähler negativ beeinflussen. Es bewirkt auch die Gleichgültigkeit der polnischen Gesellschaft gegenüber Fragen von Menschenrechtsverletzungen, was die relativ beschränkte Debatte in Polen über die Situation der Tschetschenen an der polnisch-belarussischen Grenze zeigt.

Kontinuität und Wandel

Die Ostpolitik der *PiS* zeigt, wie die Ideologie und die Weltanschauung der regierenden Partei, innere Prozesse (Systemveränderungen) sowie der europäische Kontext (die Stellung in der EU) die Position und die Handlungen des Staates auf der internationalen Bühne verändern. Natürlich brach die Ostpolitik Polens unter der *PiS*-Regierung nicht in sämtlichen Bereichen mit dem Kurs der Vorgänger. Polen blieb ein prinzipieller Befürworter von Sanktionen gegenüber Russland. Trotz Erklärungen des Parteipräsidenten Kaczyński, der die Unterstützung für die europäischen Bestrebungen der Ukraine von Veränderungen in der Geschichtspolitik Kiews abhängig machte, änderte Polen auf der europäischen Bühne seine positive Haltung zur EU-Mitgliedschaft der Ukraine formal nicht. Manche Prozesse wie der Streit um historische Themen mit der Ukraine und die Normalisierung der Beziehungen zu Belarus begannen bereits vor der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die *PiS*. Allerdings unterlagen sie einer qualitativen Veränderung im Laufe der vier Jahre Regierungstätigkeit der *PiS*.

In den Jahren 2019 und 2020 finden in Polen Parlaments- und Präsidentenwahlen statt, die als die wichtigsten seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems bewertet werden. Sie werden über den inneren Entwicklungspfad des Landes für die nächsten Jahre entscheiden und in der Folge auch über die Außenpolitik, die Ostpolitik inbegriffen. Wenn sich die *PiS* an der Macht hält, steht die Fortsetzung der Entdemokratisierung Polens zu erwarten und konsequenterweise, dass *Freedom House* Polen in die Kategorie der teilweise

freien Länder platziert. In dieser Kategorie befindet sich auch Ungarn, das von der Warschauer Regierung als nachahmenswertes Beispiel angesehen wird. In der Folge können sich die Konflikte zwischen Polen und den EU-Institutionen sowie den wichtigsten EU-Mitgliedern verschärfen und eine weitere Schwächung der Position Warschaus in der EU bewirken sowie einen immer geringeren europäischen Charakter der polnischen Ostpolitik.

Die Machthaber der *PiS* werden ihre Geschichtspolitik fortsetzen, die Spannungen mit der Ukraine hervorrufen kann. Jedoch ist auch eine gewisse Verbesserung der Beziehungen zu Kiew nicht auszuschließen angesichts des geringeren Nachdrucks, den der neue Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, vermutlich auf das Erbe der *UPA* in der Geschichtspolitik legen wird. Andererseits wird die ukrainische Geschichtspolitik auch von anderen Institutionen der Ukraine mit gestaltet. Jedoch leitet sich die Beziehung der ukrainischen Gesellschaft zu ihrer Vergangenheit auch aus von unten kommenden Identitätsprozessen ab, die bis zu einem gewissen Grad den Charakter der Geschichtspolitik des neuen Präsidenten mit bestimmen können. Ein gefährliches Szenario für die polnisch-ukrainischen Beziehungen wäre, wenn die *PiS* eine Regierungskoalition mit kleinen, extrem rechten Parteien bilden würde, die sich durch eine besonders starke Abneigung gegenüber der Ukraine auszeichnen.

Gegenüber Belarus wird sich Polen unter einer *PiS*-Regierung bemühen, die Annäherung einerseits sowie die Marginalisierung der Themen Demokratisierung und Menschenrechte andererseits fortzusetzen. Allerdings wird das Manövrierfeld Warschaus gegenüber Minsk vor allem von den Beziehungen Belarus' zu Russland abhängen. Der Kreml wird die Idee der Reintegration des postsowjetischen Raums in den kommenden Jahren noch stärker fördern. Die *PiS* wird in einer zweiten Wahlperiode auch ihre rigorose Sicherheitspolitik in Verbindung mit Islamfeindlichkeit weiter betreiben, was in der polnischen Gesellschaft die nicht angemessene Wahrnehmung von Gefahren vertieft wird, zum Beispiel aufgebauchte Gefahren vonseiten des islamistischen Terrorismus, sowie die Marginalisierung von Werten und Normen in der polnischen Ostpolitik.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Adam Balcer, Politologe, ist Projektmanager für den Bereich Außenpolitik im unabhängigen Think Tank *WiseEurope* (Warszawa/Warschau), Dozent am Studiengang Osteuropastudien der Universität Warschau (*Stydium Europy Wschodniej Uniwersytetu Warszawskiego*) sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter des internationalen Think Tanks *European Council on Foreign Relations (ECFR)* in Warschau. Seine Forschungsschwerpunkte sind die polnische Außenpolitik, Mittel- und Osteuropa und die Schwarzmeerregion.

Das Außenministerium der Republik Polen: Ostpolitik

»Die Ostpolitik gehört zu den wichtigsten Bereichen der Außenpolitik der Republik Polen. (...) Es liegt im Interesse Polens, dass sich die Nationen seiner östlichen Nachbarschaft der Unabhängigkeit und Sicherheit erfreuen, auf dass (...) ihr Recht auf die souveräne Wahl des Entwicklungsweges, des politischen Systems und der Verbündeten respektiert werde. Diejenigen unter ihnen, die eine Entscheidung über ihre proeuropäische und prowestliche Option treffen werden, können auf die dauerhafte Hilfe Polens für die Realisierung des von ihnen gewählten Zieles zählen« – Außenminister Jacek Czaputowicz.

Polen liegt an einem neuralgischen Punkt, genau zwischen den Ländern Westeuropas und dem Gebiet Osteuropas. Wir sind Mitglied der Europäischen Union und der NATO, die das institutionelle Gesicht der Länder des Westens sind, und gleichzeitig haben wir eine besondere Verbindung mit dem Osten in Anbetracht der gemeinsamen Geschichte des autoritären kommunistischen Regimes. Diese Lage schafft die einzigartige Chance, die internationale Position unseres Landes zu stärken.

Wir unterstützen die Souveränität der Länder des Ostens und sind bereit, ihnen mit unserer Erfahrung der Systemtransformation zu dienen. Unserer Meinung nach sind tiefgehende Reformen und die Modernisierung, die an das europäische Entwicklungsmodell anknüpft, das beste Mittel für eine dauerhafte Stabilisierung des Gebietes der ehemaligen UdSSR. Daher nimmt die Unterstützung der proeuropäischen und transatlantischen Strömungen in diesen Ländern einen so wichtigen Platz in unserer Außenpolitik ein. Ein Ausdruck der Unterstützung Polens für die Reformen des postsowjetischen Gebietes ist die Aktivität Polens in der Initiative der Östlichen Partnerschaft. Wir unterhalten auch aktive Kontakte zur Polonia, die in diesen Gebieten lebt.

Eine große Herausforderung ist für uns der Rückgang der Vorhersehbarkeit und der Stabilität in manchen postsowjetischen Ländern, den wir in den vergangenen Jahren beobachtet haben. Diese Prozesse sind das Ergebnis u. a. des destabilisierenden Einflusses der Russischen Föderation, ihrer bewaffneten Aggression und hybriden Aktivitäten, wie z. B. die Desinformation. Die Kriege in Georgien und der Ukraine, die illegale Annexion der Krim, die Unterstützung des Separatismus im Donbass, in Transnistrien, Südossetien und Abchasien oder Einmischungsversuche in demokratische Wahlen und Referenden in Europa und Amerika – das sind nur einige Beispiele für die beunruhigenden Aktivitäten der Machthaber im Kreml. Unsere Antwort ist die konsequente Unterstützung einer kohärenten EU- und transatlantischen Politik gegenüber Russland.

Gleichzeitig erklären wir die Bereitschaft zum Dialog mit Russland in solchen Bereichen wie zwischenmenschliche, kulturelle Zusammenarbeit, Studentenaustausch und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wir unterstützen die russische Zivilgesellschaft und protestieren gegen die Verletzung der Menschenrechte.

Die gemeinsame Geschichte, ähnliche Traditionen und eine verwandte Kultur verbinden uns mit der Ukraine und Belarus. Die polnisch-ukrainische Zusammenarbeit ist sehr intensiv und findet auf allen Ebenen statt – von der zentralen bis zu der Ebene der Kreise und Gemeinden. Außerordentlich lebhaft ist die Tätigkeit der polnischen und ukrainischen Nichtregierungsorganisationen, der wissenschaftliche und kulturelle Austausch. Polen tritt – auch im Rahmen der Europäischen Union – mit einer Reihe von Initiativen hervor, deren Ziel das Engagement Belarus' in der Zusammenarbeit mit den Ländern der Region sowie mit der EU ist. Eine charakteristische Eigenschaft der polnisch-belarussischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist das große Engagement in der Zusammenarbeit mit Belarus' kleinen und mittleren Betrieben.

Wir bemühen uns auch, die Zusammenarbeit mit Moldawien zu intensivieren – wir gewähren ihm Hilfe bei der Reformierung der administrativen Strukturen sowie der Wirtschaft und unterstützen das Streben nach Integration in die Europäische Union. Unverändert suchen wir Wege einer neuen Zusammenarbeit mit den Ländern des Südkaukasus – Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Aktiv sind wir auch in Zentralasien. Kasachstan ist mit Blick auf seine Position als *leader* in Zentralasien, sein großes wirtschaftliches Potential und seine wachsende Bedeutung auf der internationalen Bühne der Hauptpartner Polens in der Region.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: *Ministerstwo Spraw Zagranicznych: Polityka wschodnia [Das Außenministerium: Ostpolitik]*. <https://www.gov.pl/web/dyplomacja/polityka-wschodnia> (abgerufen am 14.05.2019).

Das Außenministerium der Republik Polen: Östliche Partnerschaft

Die Östliche Partnerschaft (ÖP) ist die Außenpolitik der Europäischen Union, die im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik realisiert wird und auf sechs Staaten ausgerichtet ist: Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldawien und die Ukraine.

Die Hauptinitiatoren der Konstituierung der Östlichen Partnerschaft als strukturierte Politik zur Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit und Intensivierung der Beziehungen der EU mit den Partnern aus Osteuropa waren Polen und Schweden. Die Initiative, die während des Gipfels des Europäischen Rates im Juni 2008 vorgestellt wurde, stieß auf die Unterstützung der Europäischen Kommission sowie der EU-Mitgliedsstaaten. Das Programm wurde offiziell am 7. Mai 2009 in Prag beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU sowie der Partnerländer aus der Taufe gehoben. Im Jahr 2019 enden zehn Jahre seit dem Aufbau der Politik der Östlichen Partnerschaft. Der polnischen Seite liegt daran, diese Gelegenheit für eine intensive Werbung für die ÖP mit Hilfe kultureller, politischer und Expertenveranstaltungen zu nutzen sowie eine tiefgehende Reflexion über die Zukunft der ÖP nach 2020 aufzunehmen.

Die Säulen der ÖP

Stärkung von Institutionen des Staates und gutes Regieren

Das Hauptziel dieser Säule ist die Verbesserung der Qualität der staatlichen Institutionen, indem Reformen in der öffentlichen Administration, dem öffentlichen Dienst und Justizwesen sowie der Kampf gegen die Korruption unterstützt werden. Einen wichtigen Teil stellt die Zusammenarbeit im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik dar.

Wirtschaftliche Entwicklung – Ausnutzung der Möglichkeiten des Marktes

Die Umsetzung dieser Säule hat zum Ziel, die makroökonomische Stabilität in der Regierung mittels Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen, Angleichung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt und der Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen sowie mittels Entwicklung des digitalen Marktes zu gewährleisten. Das Hauptinstrument sind Verträge über eine vertiefte und komplexe Freihandelszone, unterzeichnet von Georgien, Moldawien und der Ukraine, deren Implementierung eine der wichtigsten Aufgaben ist, die vor den Partnerländern stehen.

Ausbau der Infrastruktur (*connectivity*), Energie- und Umweltfragen

Connectivity umfasst den Ausbau sowohl der »harten« Verbindungen (Transport-, Energie-, digitale, zwischenmenschliche Verbindungen) als auch der »weichen« (Standards, gute Praktiken u. ä.). Dies soll zu einer dauerhaften Beziehung zwischen der EU und den Ländern der ÖP in rechtlicher und infrastruktureller Hinsicht führen, was eine engere Zusammenarbeit auf gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Ebene zur Folge haben wird.

Verbesserung der Mobilität und zwischenmenschliche Kontakte

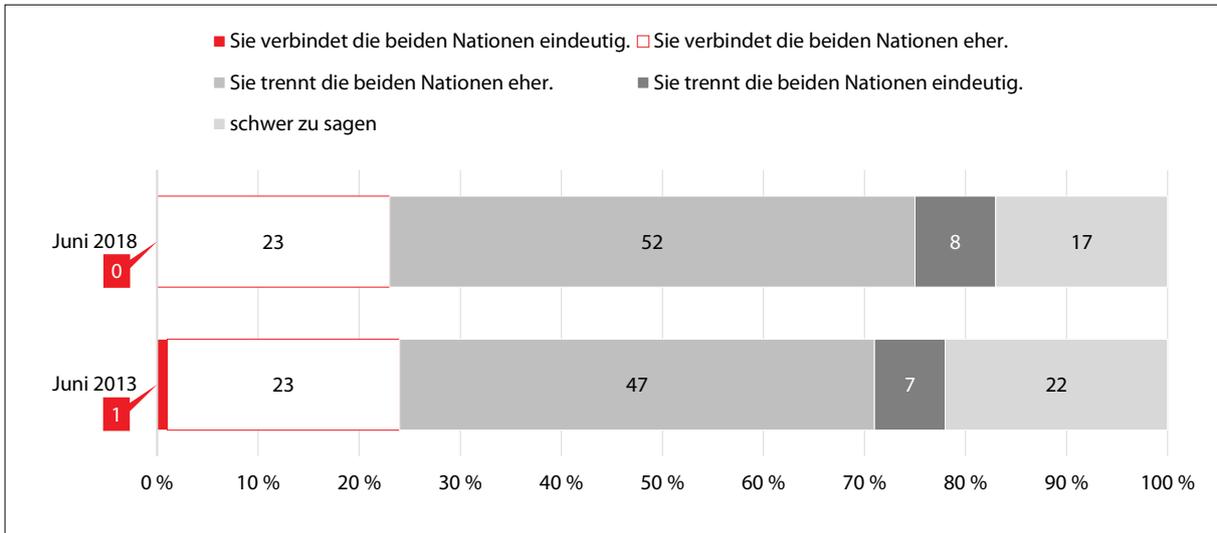
Visaerleichterungen ebenso wie die Stärkung der Kommunikationsinfrastruktur (Digitalisierung, Aufhebung des Roaming, Bau von Verbindungen) sollen zielgerichtet die Anzahl der Besuche der Bürger der östlichen Nachbarschaft in der EU erhöhen und dadurch den direkten Kontakt mit ihren Einwohnern. Die Stärkung der Programme des Jugendaustausches beeinflusst positiv die Entwicklung der zwischenmenschlichen Beziehungen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: *Ministerstwo Spraw Zagranicznych: Partnerstwo Wschodnie [Das Außenministerium: Östliche Partnerschaft]*. <https://www.gov.pl/web/dyplomacja/partnerstwo-wschodnie> (abgerufen am 14.05.2019)

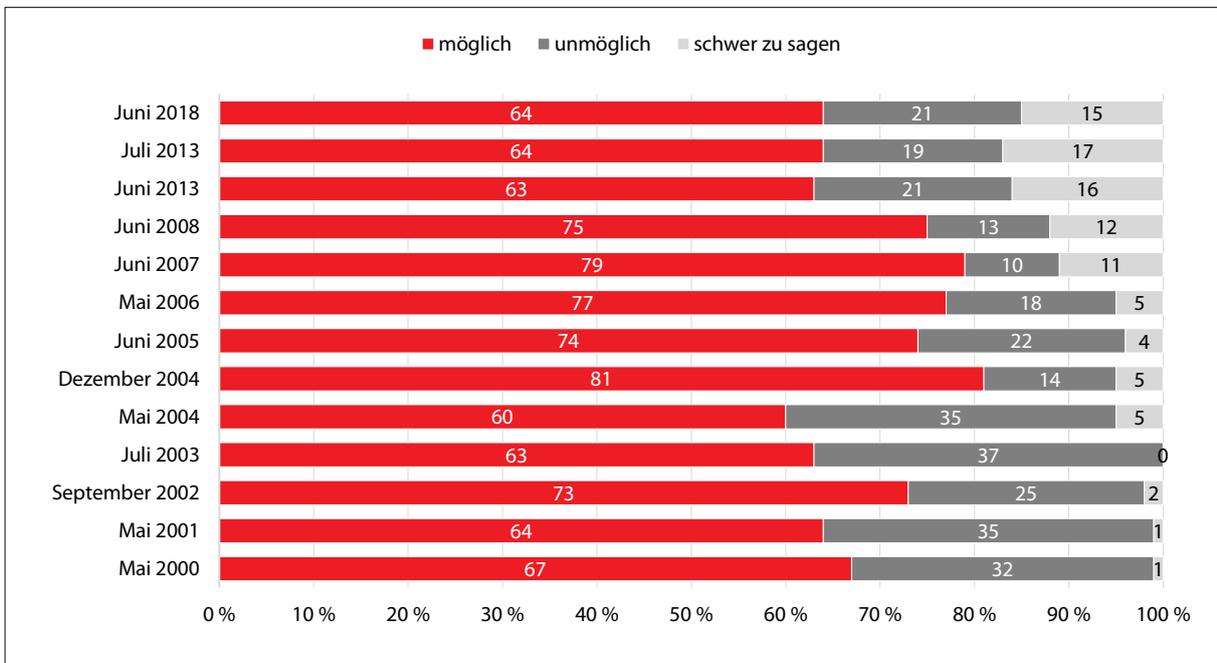
Geschichts- und Nationenbilder

Grafik 1: Verbindet oder trennt die Geschichte der Polen und Ukrainer die beiden Nationen? (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 84/2018: Wołyń 1943 – pamięć przywracana [Wołhynien 1943 – die wiederhergestellte Erinnerung]. Warszawa 06/2018. www.cbos.pl

Grafik 2: Ist Ihrer Meinung nach die Versöhnung mit den Ukrainern... (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 84/2018: Wołyń 1943 – pamięć przywracana [Wołhynien 1943 – die wiederhergestellte Erinnerung]. Warszawa 06/2018. www.cbos.pl

Tabelle 1: Veränderungen der Sympathiewerte gegenüber anderen Nationen (%)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Araber	24	23	23	-	-	-	8	16	10	13
Belarussen	34	31	33	30	29	28	25	37	21	31
Briten	50	44	54	47	43	48	47	51	43	50
Bulgaren	37	33	38	32	31	32	26	-	-	34
Deutsche	39	38	43	38	39	43	37	46	30	36
Franzosen	51	45	53	41	44	44	43	48	33	41
Italiener	52	47	55	46	48	51	49	57	44	55
Kroaten	40	36	44	37	38	39	-	46	-	47
Litauer	42	36	40	32	34	34	31	42	28	36
Rumänen	26	24	26	21	21	21	15	18	-	24
Russen	34	32	34	31	25	22	20	31	18	28
Slowaken	51	49	57	48	47	48	48	57	42	53
Tschechen	53	51	58	51	50	50	50	59	44	56
Ukrainer	34	32	32	31	34	36	27	36	24	31
Ungarn	49	46	52	42	43	44	45	54	42	53
US-Amerikaner	45	43	51	43	41	44	46	54	43	51

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 17/2019: Stosunek do innych narodów [Das Verhältnis zu anderen Nationen]. Warszawa 02/2019. www.cbos.pl

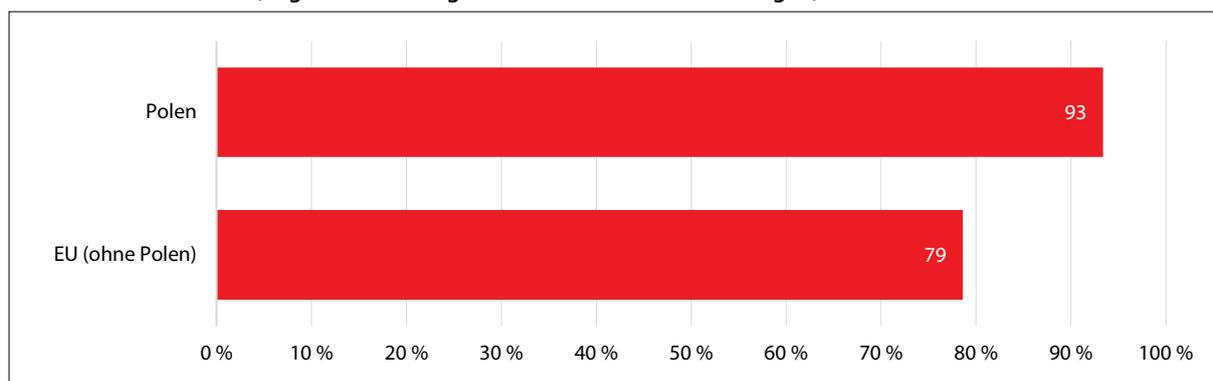
Tabelle 2: Veränderungen der Antipathiewerte gegenüber anderen Nationen (%)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Araber	43	42	46	-	-	-	67	59	62	65
Belarussen	23	26	26	31	31	29	32	23	32	27
Briten	12	16	15	15	20	15	16	16	16	15
Bulgaren	18	20	20	25	28	25	26	-	-	20
Deutsche	28	27	24	28	30	22	26	22	36	34
Franzosen	10	14	13	17	18	16	18	14	24	21
Italiener	10	13	11	15	15	11	13	10	14	11
Kroaten	14	15	18	19	20	18	-	13	-	13
Litauer	15	19	23	25	27	22	27	20	25	21
Rumänen	35	40	39	41	45	43	47	35	-	40
Russen	31	34	33	39	42	50	50	38	49	43
Slowaken	11	11	10	13	15	12	13	10	14	10
Tschechen	9	12	11	13	17	14	13	10	14	11
Ukrainer	29	33	32	33	33	32	34	32	40	41
Ungarn	10	12	13	16	17	14	17	12	16	12
US-Amerikaner	16	19	16	21	21	17	17	13	14	14

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 17/2019: Stosunek do innych narodów [Das Verhältnis zu anderen Nationen]. Warszawa 02/2019. www.cbos.pl

Asylanträge und -entscheidungen, Polen und EU

Grafik 1: Europäische Union: Erstinstanzliche Entscheidungen über Asylanträge – russische Staatsbürger, 2016–2018 (abgelehnte Anträge in Prozent aller Entscheidungen)



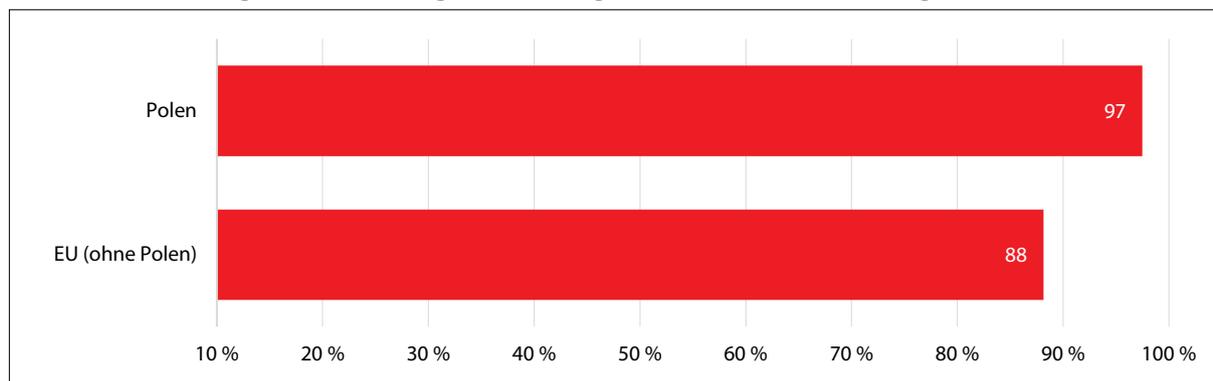
Quelle: Zusammenstellung des Autors Adam Balcer auf der Grundlage von Daten von Eurostat.

Tabelle 1: Europäische Union: Erstinstanzliche Entscheidungen über Asylanträge – russische Staatsbürger, 2016–2018

Entscheidungen insgesamt, EU (ohne Polen)	48.560
abgelehnte Anträge, EU (ohne Polen)	38.170
Entscheidungen insgesamt, Polen	3.995
abgelehnte Anträge, Polen	3.730

Quelle: Zusammenstellung des Autors Adam Balcer auf der Grundlage von Daten von Eurostat.

Grafik 2: Europäische Union: Endgültige Entscheidungen über Asylanträge aufgrund von Berufung – russische Staatsbürger, 2016–2018 (abgelehnte Anträge in Prozent aller Entscheidungen)



Quelle: Zusammenstellung des Autors Adam Balcer auf der Grundlage von Daten von Eurostat.

Tabelle 2: Europäische Union: Endgültige Entscheidungen über Asylanträge aufgrund von Berufung – russische Staatsbürger, 2016–2018

Entscheidungen insgesamt, EU (ohne Polen)	7.670
abgelehnte Anträge, EU (ohne Polen)	6.760
Entscheidungen insgesamt, Polen	1.395
abgelehnte Anträge, Polen	1.360

Quelle: Zusammenstellung des Autors Adam Balcer auf der Grundlage von Daten von Eurostat.

Tabelle 3: Die fünf häufigsten Staatsangehörigkeiten von (nicht EU-) Asylbewerbern, 2018
Anzahl der Erstantragssteller, gerundete Zahlen

in Polen

Russland	1.600
Ukraine	225
Irak	65
Türkei	55
Afghanistan	40
andere	425

in Deutschland

Syrien	44.165
Irak	16.330
Iran	10.855
Nigeria	10.170
Türkei	10.160
andere	70.205

Quelle: Eurostat: Asylum Statistics. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/images/f/f7/Asylum_statistics_YB19_10_05_2019.xlsx (abgerufen am 20.05.2019).

7. – 20. Mai 2019

07.05.2019	Präsident Andrzej Duda und Salome Surabischwili, Präsidentin Georgiens, nehmen in Warschau an der Konferenz »Zehn Jahre Östliche Partnerschaft. Lektionen für Georgien und Polen« teil. Duda spricht sich für eine »Politik der offenen Türen« und die Erweiterung der EU aus. Sollte Großbritannien tatsächlich die EU verlassen, müsse durch die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten die Attraktivität des europäischen Projektes unterstrichen werden. Surabischwili sagt, für Georgien wäre es schlimm, wenn die Beitrittsperspektive aufgrund der Krise, die die EU erlebt, blockiert sei. Dies würde mit Sicherheit von Russland ausgenutzt werden, das nach Möglichkeiten suche, Einfluss auf Georgien zu nehmen.
08.05.2019	Der Untersuchungsausschuss der Russischen Föderation gibt bekannt, dass Ende Mai eine weitere Untersuchung des polnischen Flugzeugwracks des Absturzes von Smolensk (2010) stattfinden wird. Dabei werden polnische Experten anwesend sein. Laut russischen Angaben hat es seit dem Unglück am 10. April 2010 zwölf Besuche polnischer Spezialisten zu diesem Zweck in Russland gegeben. Bei dem Unglück waren fast 100 Personen des politischen und öffentlichen Lebens Polens, darunter auch der damalige Präsident Lech Kaczyński, ums Leben gekommen.
09.05.2019	Nach dem informellen Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Hermannstadt (Sibiu, Rumänien) spricht sich Ministerpräsident Mateusz Morawiecki für die Erweiterung des Schengenraums und gegen wirtschaftlichen Protektionismus in der EU aus. Mit Blick auf die Europawahlen am 26.05. sagt Morawiecki, dass Mitteleuropa einen Kandidaten für die Präsidentschaft der Europäischen Kommission oder des Europäischen Rates haben sollte.
10.05.2019	Außenminister Jacek Czaputowicz empfängt in Warschau den Außenminister Brasiliens, Ernesto Araújo. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz sagt Czaputowicz, die Polen, die seit dem 19. Jahrhundert nach Brasilien ausgewandert seien, könnten eine gute Basis für den Ausbau der Zusammenarbeit sein. Brasilien ist der Haupthandelspartner Polens in Südamerika. Nach Angaben von Czaputowicz betrug der Handelsumsatz im Jahr 2018 2,3 Mrd. Dollar, was eine Steigerung um 44 % gegenüber 2017 war. Beide Seiten sprechen sich für ein Doppelbesteuerungsabkommen zwischen beiden Ländern aus, um die bilateralen wirtschaftlichen Kontakte zu forcieren. Thematisiert wurde auch die Zusammenarbeit in der Verteidigungsindustrie.
11.05.2019	Im Internet wird der Dokumentarfilm »Sag es nur keinem« (Tylko nie mów nikomu) der Regisseure Tomasz und Marek Sekielski veröffentlicht, der Opfern von pädophilen Übergriffen durch Priester sowie auch Tätern das Wort gibt.
12.05.2019	Auf seiner Webseite teilt das Außenministerium mit, dass es den Besuch der israelischen Delegation mit dem israelischen Generaldirektor des Ministeriums für soziale Gleichheit, Avi Cohen-Scali, am nächsten Tag in Warschau abgesagt hat. Der Grund sei eine kurzfristige Umbesetzung der israelischen Delegation, die nahelegen könne, dass Fragen der Restitution von jüdischem Eigentum thematisiert werden sollten.
13.05.2019	Die Pressesprecherin der Landesstaatsanwaltschaft, Ewa Bialik, teilt mit, dass Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro eine Gruppe von Staatsanwälten berufen hat, die den im Dokumentarfilm »Sag es nur keinem« (Tylko nie mów nikomu; Regie Tomasz und Marek Sekielski) vorgebrachten Pädophilievorwürfen und -vorfällen von Priestern nachgehen soll. Vizejustizminister Patryk Jaki spricht sich entschieden für lange Haftstrafen in solchen Fällen aus, da die derzeitigen Strafen nicht »quälend« genug seien.
15.05.2019	Greenpeace-Aktivisten verhängen die Fassaden der Parteisitze von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) in Warschau mit schwarzen Planen, auf denen »Polen ohne Kohle 2030« steht. Auf seiner Internetseite kritisiert Greenpeace die Pro-Kohle-Strategie der regierenden PiS und die Passivität der oppositionellen PO. Die Polizei nimmt über 40 Personen fest.
16.05.2019	Nach einer hitzigen Debatte stimmt der Sejm für die Verschärfung der Strafgesetzgebung bei Fällen von Pädophilie (Ja-Stimmen 263, Nein-Stimmen: 3, Enthaltungen: 3; Gesamtzahl der Abgeordneten: 460; 143 von 145 Abgeordneten der oppositionellen Bürgerplattform – Bürgerkoalition (Platforma Obywatelska/PO – Koalicja Obywatelska/KO) nahmen an der Abstimmung nicht teil). Bewährungsstrafen werden abgeschafft, das Strafmaß beträgt bis zu 30 Jahre, besonderes labile Täter erhalten eine bedingungslose lebenslange Freiheitsstrafe, und besonders schwere Vergehen verjähren nicht. Der Schutz vor pädophilen Taten umfasst Kinder bis zum Alter von 15 Jahren.

17.05.2019	Beim Außenministertreffen des Europarates in Helsinki kommt Außenminister Jacek Czaputowicz mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow zusammen. Dies war das erste Treffen auf Ministerebene seit fünf Jahren. Laut Pressemitteilung des polnischen Außenministeriums war das Hauptthema die noch ausstehende Rückgabe des Flugzeugwracks des Absturzes von Smolensk (April 2010), die der damalige russische Präsident Dimitri Medwediew noch im selben Jahr versprochen hatte. Czaputowicz und Lawrow zeigen sich außerdem überzeugt, dass die Wiederaufnahme regelmäßiger Kontakte und die Verbesserung der Kommunikation zwischen beiden Ländern zu einem besseren Dialog und der Lösung von Problemen beitragen würden. In der kommenden Woche sollen nach zweijähriger Pause bilaterale politische Konsultationen unterhalb der Ministerebene stattfinden.
17.05.2019	Vizeaußenminister Marcin Przydacz beendet seinen dreitägigen Besuch in Belarus. Nach Angaben der Pressestelle des polnischen Außenministeriums thematisierte Przydacz mit seinem belarussischen Amtskollegen die Entwicklung des bilateralen politischen Dialogs und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie die Situation der polnischen Minderheit in Belarus. Es seien auch Fragen zivilgesellschaftlicher Freiheiten angesprochen worden. Weiter kam es zu Treffen mit internationalen Entwicklungsorganisationen, belarussischen unabhängigen Organisationen und Vertretern der polnischen Minderheit.
17.05.2019	Auf dem Regionalparteitag von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in Lodz (Łódź) sagt Parteichef Jarosław Kaczyński, dass die PiS einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung von Pädophilievorfällen unterstützen werde, jedoch sollte sich die Untersuchung nicht ausschließlich auf die Kirche beziehen.
20.05.2019	Die Bürgerinitiativen »Fürchtet Euch nicht« (Nie lękajcie się) und »Besseres Danzig« (Lepszy Gdańsk) stellen im Sejm ihren Bürgergesetzesentwurf für die Einberufung einer Kommission zur Aufklärung von Pädophilievorfällen und -vorfällen in der Kirche vor. Jolanta Banach (Nie lękajcie się) betont, dass Aufklärung und Vorbeugung von Kindesmissbrauch nur unter den Bedingungen gesellschaftlicher Kontrolle wirksam stattfinden können.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de

**Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)**

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2019 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,
64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: info@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

